

## Vorgänge

### ZdK: Blick auf den 6. März

Sehr interessant versprach die diesjährige Herbstvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 12./13. November nicht zu werden. Mit dem gegenwärtig dringendsten gesellschaftlichen Problem, der *Arbeitslosigkeit*, hatte sich das Gremium bereits auf seiner letzten Vollversammlung befaßt, zwar nur in einer Art Vorübung, aber die weitere Behandlung erfolgte dann in der Gemeinsamen Kommission zwischen ZdK und Bischofskonferenz bzw. in dem dort eigens dafür berufenen Beirat, der seine Stellungnahme (vgl. ds. Heft, S. 594 – 603) just an dem Tag veröffentlichte, an dem die Vollversammlung zusammentrat. Die *Ausländerfrage* bzw. verschiedene Aspekte von ihr waren ebenfalls bereits auf früheren Sitzungen behandelt worden. Zur Diskussion über die *Friedensfrage*, die dann auf dem Katholikentag in Düsseldorf eine so herausragende Rolle spielte, hatte man sich bereits im Herbst 1981 geäußert (vgl. HK, Dezember 1981, 624 – 630). Andere dringende Beratungsgegenstände standen nicht an oder wurden jedenfalls nicht vorbereitet.

Wäre die zweimalige Vollversammlung pro Jahr nicht vom Statut vorgeesehen und hätte nicht die *Neuwahl des Geschäftsführenden Ausschusses*, in den übrigens mit *Georg Leber* zum erstenmal ein prominenter Sozialdemokrat gewählt wurde, hätte diese wie schon manche frühere Vollversammlung den Aufwand nicht gelohnt. Das bißchen Rückblick auf den letzten und das gleiche bißchen Vorblick auf den nächsten Katholikentag – bekanntlich 1984 in München – erbrachte höchstens den Beweis, wie geistig ausgedünnt der Apparat des Zentralkomitees inzwischen ist, ein tagesfüllendes Thema für die Vollversammlung hätte sich daraus nicht machen lassen. Die wieder einmal wiederholte Bekräftigung, man wolle Katholikentage weiter im Zweijahresrhythmus abhalten,

wolle wegen des Katholikentags 1986 allerdings erst einmal die Meinung innerhalb der Verbände erkunden, und der Beschluß zur Errichtung eines eigenen *Ständigen Arbeitskreises für Ausländerfragen*, der u. a. Vorarbeiten zu einem vorläufig für 1984 geplanten gemeinsamen Kongreß über Ausländerfragen zwischen ZdK und Evangelischem Kirchentag leisten soll, und ein im Blick auf die nächstjährige Misereor-Aktion von Weihbischof *Leo Schwarz* (Trier) vorgetragene Südafrika-Bericht hätten als Arbeitsnachweis nicht ausgereicht. (Nur am Rande sei vermerkt, daß in der Rückschau auf den Düsseldorfer Katholikentag, der nach der „Fröhlichkeit in Freiburg und der „heiteren Gelassenheit“ in Berlin ein Ausdruck „realistischer Freude“ gewesen sei, heftig die „Legendenbildung“ – in Zeiten der Wende hat offenbar jeder mit der je eigenen Legendenbildung zu kämpfen – zurückgewiesen wurde, letztlich sei es in Düsseldorf doch gelungen, den „Frieden“ statt des „Glaubens“ zum Thema des Katholikentags zu machen.)

Die erwartete Themen- und Perspektivennot wurde freilich durch die Vorgänge Ende September/Anfang Oktober in Bonn behoben. Der Koalitionswechsel füllte mit Anmerkungen zum Wechsel selbst und mit kritischen Hinweisen auf die alte und bestätigenden und fordernden zur neuen Regierung nicht nur den Lagebericht des ZdK-Präsidenten *Hans Maier* auf. Da die neue Bundesregierung noch vor Abschluß der Koalitionsverhandlungen Neuwahlen für den 6. März ankündigte, verabschiedete die Vollversammlung auch gleich eine in der Geschäftsstelle des ZdK vorbereitete, in ausführlicher Diskussion nur unwesentlich veränderte „*Politische Erklärung aus Anlaß der bevorstehenden Bundestagswahl*“, noch bevor hundertprozentige Sicherheit darüber bestand, ob die geplanten vorgezogenen Neuwah-

len am 6. März auch stattfinden können.

Die so vordemonstrierte Eile war leicht zu erklären: Die nächste – also die Frühjahrsvollversammlung 1983 – kann nach traditionellem Tagungsrhythmus erst im Mai 1983 stattfinden. Die geplanten Wahlen wären dann schon vorbei gewesen. Dem neu gewählten Geschäftsführenden Ausschuß wollte man eine so hochrangig eingestufte politische Wortmeldung offenbar nicht überlassen, und eine Vorverlegung der nächsten Vollversammlung allein der Wahlen wegen hätte nicht gut ausgesehen. Es ist zwar nicht gesagt, daß ein Gremium wie das Zentralkomitee mit einem politischen Wort nicht auch am Start in eine neue Legislaturperiode Gehör fände. Auch läßt sich fragen, ob die jeweils doppelte Erklärung zur Bundestagswahl – auch die *Bischofskonferenz* ist dabei, die ihre vorzubereiten – so stark bewußtseinsbildend wirken, wie es sich manche ihrer Verfasser offenbar immer noch vorstellen. Aber grundsätzlich liegen solche Akte nicht nur auf der Linie der eigenen Tradition, sondern haben auch ihre sachliche Berechtigung.

Einiges Erstaunen erregen allerdings Teile der verabschiedeten Erklärung und eigentlich noch mehr manche Passagen des Lageberichts des Präsidenten. In beiden Dokumenten wird die gegenwärtige Parteienlandschaft in einer Weise gezeichnet, die vermuten läßt, daß Leidenschaftlichkeit, jedenfalls Parteilichkeit die Proportionen durcheinandergebracht hat. Es mag in der gegenwärtigen Situation richtig sein, nicht nur in einem allgemeinen Sinne zur Wahl *nur* demokratischer Parteien aufzurufen, sondern der katholischen und allgemeinen Öffentlichkeit einzuschärfen, daß nur solche Parteien Vertrauen und Unterstützung verdienen, „die die unerläßlichen Bedingungen einer parlamentarischen Demokratie nach Anspruch und Stil ihres politischen Handelns zweifelsfrei erfüllen“ (Erklärung, Absatz 5).



Auch wird niemand, der sich zum parlamentarisch-repräsentativen politischen System bekennt, bezweifeln, daß wir im Deutschen Bundestag Parteien brauchen, „die zu den Grundwerteentscheidungen unserer Verfassung stehen, sich den politischen Herausforderungen unserer Zeit insgesamt stellen und über alle programmatischen Unterschiede und Kontroversen hinweg stets die Gemeinsamkeit der Demokraten sichtbar machen“ (Erklärung, Absatz 3).

Aber schon sehr nach überzogener Dramatik klingt es, wenn es in der gleichen Erklärung heißt (Absatz 6), seit langem werde der Staat von *extremen politischen Gruppen* herausgefordert, „die die Zusammenarbeit für das Gemeinwohl verweigern, die freiheitliche Demokratie unseres Grundgesetzes schmähen, Recht und Ordnung bewußt verletzen und vor dem Einsatz von Gewalt nicht zurückschrecken“. Die Erklärung bezeichnet solche Gruppen – freilich ohne Roß und Reiter zu nennen, auch wenn klar ist, daß *die Grünen* gemeint sind – als „nicht demokratisch“. Ihr Ziel sei „nicht die loyale Mitarbeit und Mitverantwortung bei der Lösung der vielen Probleme in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, sondern eine grundlegende Veränderung unserer Ordnung in Familie, Gesellschaft und Staat“ (Absatz 7). Sie drohten, den freiheitlichen Staat *unregierbar* zu machen. Erst auf Intervention von BDKJ-Vertretern, voran deren unermüdlicher Bundespräsident *Karl Wuchterl*, aber auch von prominenten ZdK-Mitgliedern, wie des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten *Bernhard Vogel*, wurde nicht aus Rücksicht auf die Grünen insgesamt, sondern wegen katholischer Jugendlicher, die Sympathien für die ökologische Bewegung haben, der Satz angefügt: „Wir anerkennen die Bemühungen derjenigen, die sich gerade aus christlicher Verantwortung gewaltfrei und in demokratischer Weise für die Lösung ökologischer Fragen einsetzen.“ Man kann gewiß darüber streiten, ob die Grünen, wie es ZdK-Präsident Maier in einem KNA-Interview (16. 11.) ausdrückte, „noch immer ein starkes Verhinderungsgewicht darstellen“. Aber ein paar grüne

Mandatsträger in einigen Länderparlamenten können den Staat noch lange nicht unregierbar machen. Und sie können auch wenig verhindern, wenn sich die anderen Parteien in den betreffenden Parlamenten unter sich auf das Notwendige einigen. Das repräsentative System hält dafür Möglichkeiten und Regeln bereit; wenn sie nicht angewandt werden und deswegen Unregierbarkeit drohen sollte, dann sind in erster Linie diese selbst herausgefordert.

Aber davon abgesehen: so undifferenziert sollte ein dem Wahlkampf nicht unmittelbar verpflichtetes Gremium wie das ZdK nun doch nicht argumentieren, daß schlechthin alles, was außerhalb der drei bzw. vier gegenwärtig im Bundestag vertretenen Parteien kandidiert oder sonst politisch tätig ist, einfach und ohne Abstriche als *nicht demokratisch* zu gelten hat.

Natürlich gibt es eine Neigung zu fundamentaldemokratischen Vorstellungen jenseits des repräsentativen Systems, übrigens, wie Maier in einem „Bericht zur Lage“ zu Recht anführte, auch bei Teilen der traditionellen bundesrepublikanischen Parteien. Es gibt weiter und weiterhin ein Unbehagen an allem Institutionellen und damit in alter und neuer Form antiparlamentarische Stimmungen, Aversionen gegen alles, was sich nicht einfach auf dem Wege des freien Diskurses etabliert und – je nachdem – auch wieder verschwindet. Es gibt unreife Vorstellungen von dem, was sich und vor allem wie es sich politisch verwirklichen läßt. Und es gibt offene und latente *Gewaltbereitschaft*.

Aber das alles ohne jede Nuancierung einfach mit den Grünen gleichzusetzen, ist ebenso falsch wie solches *allein* auf die Grünen zu beziehen; ganz abgesehen davon, daß diese durch solche holzschnittartig fabrizierte Feindbilder unnötig aufgewertet werden. Liest man die Erklärung und auch manche Passagen des Berichts zur Lage, so hat man den Eindruck, als würde eine politische Landschaft gekennzeichnet, durch die in Freudischer Fehlleistung das gegenwärtige „Bonn“ mit Weimar verwechselt wird. Wenn man politi-

sche Unstabilität in einer wirtschafts- und vor allem verteilungspolitisch schwieriger gewordenen Phase herbeireden kann, dann ist man mit solcher Art von Erklärungen auf dem besten Weg dazu.

Nichts als vergrößernde Polemik ist auch die auf den „gegenwärtigen Umschichtungsvorgang innerhalb der politischen Linken“ gemünzte Bemerkung *Hans Maiers* über Folgen „jahrelanger linker Indoktrination“. Der „Geist“, nach dem starke Gruppen im linken Spektrum der hergebrachten Parteienlandschaft so anhaltend gerufen hätten, schaffe sich nun „in der grünen Bewegung sein Sammelbecken“. Konservative Sozialdemokraten wie *Georg Leber* und *Heinz Rapp* haben sich gegen solche undifferenzierte Schuldzuweisung zu Recht gewehrt. Im übrigen nahm Maier das Wort von der *drohenden Unregierbarkeit* noch intensiver auf als die „Erklärung“. Auch hier glaubte man mehr Weimar als Bonn herauszuhören.

Und schließlich: was heißt in diesem Zusammenhang links? Die Grünen, auch wenn es die meisten von ihnen selber tun, einfach links einzuordnen wäre auf jeden Fall ein (möglicherweise folgenschwerer) politischer Kunstfehler.

Aber im Grunde sind es gar nicht einmal so sehr solche einzelnen Punkte, die bei einem parteipolitisch nicht gebundenen Beobachter Kopfschütteln erzeugen. Und so problematisch das auch sein mag, das Fragwürdigste ist auch nicht einmal die in fast jedem Satz steckende parteipolitische Einseitigkeit bei der Zuteilung von Ermunterung und Tadel an die jetzige Regierung und an die Parteien der früheren. (Daß Maier Schwierigkeiten mit den *familienpolitischen Sparmaßnahmen* der neuen Regierung zu Protokoll gibt und diese dem Bundeskanzler in einem – im übrigen nicht veröffentlichten – Brief mitteilt, in dem über eine diesbezügliche Änderung der Reichsversicherungsordnung hinaus eine abgestufte Reform des § 218 StGB verlangt wird, bestätigt allerdings nur die Ausnahme und hebt die Regel parteipolitischer Unausgewogenheit nicht auf.) Was aber am allermeisten irritiert, ist die völlige Distanzlosigkeit zur Tages-



politik. Der „Bericht zur Lage“ und die „Erklärung“ lesen sich wie Begleitmaterialien zu einer Regierungserklärung oder zu einem Wahlkampfprogramm. Man spricht, als ob man als Partei im Parlament säße oder auf dem Marktplatz agierte und nicht als Katholikenvertretung im *vorpolitischen Raum*.

Das zweite, nicht minder irritierende Faktum ist das fast völlige *Fehlen von Nachdenklichkeit*. Wo sollen Parteien ihre Fähigkeit hernehmen, das psychologische und geistige Umfeld ihrer Entscheidungen einigermaßen richtig einzuschätzen und Ideen und Bewegungen beurteilen zu können, wenn im vorpolitischen Raum und gerade von Gremien, die durch ihren Daseinszweck darauf verpflichtet sind, Motiven und Gründen politischer Veränderungen und deren *ideellen und moralischen Antrieben* nachzugehen, nur dieselben Schemen geschaffen werden, die sie sich selbst täglich um die Ohren schlagen? Man wird diese Frage nach dem 6. März noch sehr viel intensiver zu stellen haben. Etwas Hoffnung darauf, daß es auch

anders gehen könnte, gab diese Vollversammlung diesbezüglich immerhin auf den Weg. Es gab nicht nur einen (abgelehnten) Beschlußantrag von Prof. *Bernhard Sutor* (Eichstätt), in dem allen Parteien mehr Gerechtigkeit zuteil werden sollte („Weder trägt die Regierung der letzten Jahre die alleinige Verantwortung für unsere gegenwärtige wirtschaftlich-soziale Situation, noch sind die von der neuen Regierung vorgesehenen Sparmaßnahmen eine Absage an den Sozialstaat und die Eröffnung eines Klassenkampfes...“), sondern auch einen Gegenentwurf zur „Erklärung“ (von Graf *Valentin Ballestrem*, Regensburg). Dieser war nicht gut vorbereitet, in manchen Aussagen unbeholfen, aber er siedelte seine Gedankengänge schon eher dort an, wo sie als Aussage eines Gremiums wie des ZdK hingehören: nicht in die tages- und parteipolitische Polemik, sondern in Grundsatzdiskussionen über Sach- und politische Führungsfragen. Und sie waren um Versöhnlichkeit bemüht. Es scheint sich also etwas zu bewegen.

D. S.

## Kirche und Arbeitswelt: Herausforderung für die EKD

Mit grundsätzlichen Überlegungen zum Auftrag der Kirche in unserer Zeit begann der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof *Eduard Lohse*, seinen Bericht vor der diesjährigen Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland: Für die christliche Gemeinde, so führte er aus, seien Wort und Tat ihres Dienstes nicht zu trennen. Aus der Zuversicht des Glaubens ergebe sich die Fähigkeit zu nüchternen und von Illusion freier Betrachtung dieser Welt. Damit schlug der Ratsvorsitzende gleichzeitig einen Bogen vom Schwerpunktthema der letztjährigen zu dem der diesjährigen Synodaltagung, die vom 7. bis 12. November in Berlin-Spandau stattfand. Hatten sich die Synodalen 1981 in Stuttgart mit „Erneuerung aus der Bibel“ beschäftigt (vgl. HK, Dezember 1981, 645), einer Frage also, die mit dem geistlichen Kern kirchlichen Le-

bens zu tun hat, so war das diesjährige Schwerpunktthema auf den gesellschaftlichen Auftrag der Kirche bezogen: „Sinn und Wandel der Arbeit in der Industriegesellschaft – Herausforderung für die Kirche“.

Vor 27 Jahren stand das Thema Arbeitswelt schon einmal schwerpunktmäßig auf der Tagesordnung der EKD-Synode. Der Berliner Bischof *Martin Kruse* erinnerte in seinem Referat in Spandau an die Synode 1955 in Espelkamp über „Die Kirche und die Welt der Arbeit“ und zitierte aus der damals verabschiedeten Grundsatzklärung. Dort hieß es u. a.: „Auch in der modernen Arbeitswelt ist Jesus Christus der Heiland aller Menschen... Die Mauern kirchlicher Tradition und Gewohnheit dürfen uns nicht hindern, den Weg zum Menschen in der heutigen Arbeitswelt zu suchen.“ Die *Bilanz*, die Kruse im Rückblick auf

1955 zog, fiel recht *ernüchternd* aus: Die evangelische Kirche habe sich zwar ein gefächertes Instrumentarium geschaffen, um auf die Herausforderungen der Industriegesellschaft angemessener reagieren zu können. Der *erhoffte Gestaltwandel* der Kirche, die gegenseitige Durchdringung von überkommener Gemeindestruktur und neuen Diensten in der Arbeitswelt sei jedoch nur ungenügend gelungen. Herausforderungen, die der ganzen Kirche gestellt waren, seien mehr oder weniger an Spezialeinrichtungen abgetreten worden.

Zu diesen Spezialeinrichtungen gehört nicht zuletzt der „Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt“ (KDA), in dem die Sozialpfarrämter der evangelischen Landeskirchen in der Bundesrepublik zusammengeschlossen sind. Eine auf umfangreichen Diskussionspapieren basierende *Vorlage des KDA* für die Berliner Synodaltagung (vgl. den Text in epd-Dokumentation, Nr. 49a/82) löste in den letzten Monaten eine lebhaftige Kontroverse aus. Die Grundthese der umstrittenen Studie: Der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit ist mit den herkömmlichen Rezepten nicht beizukommen; es braucht deshalb vor allem eine Neuverteilung der immer knapper werdenden Arbeit, ebenso ein Wirtschaftswachstum, das die „ganzheitlichen Lebenszusammenhänge in gesamtgesellschaftlicher und langfristiger Sicht“ befördert. Voraussetzung für die notwendigen Veränderungen sei die Durchsetzung einer effektiven Mitbestimmung in allen Bereichen des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens, die von der Basis ausgehe und über die Betriebe hinausreiche.

Die *Kritik an den Vorstellungen des KDA* richtete sich vor allem gegen die zu undifferenziert-negative Einschätzung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik und monierte die Orientierung an zugegebenermaßen wolkigen Zukunftsbildern einer Gesellschaft, in der als Folge einer gleichmäßigeren Verteilung der Erwerbsarbeit die Entfremdungen der Industriegesellschaft aufgehoben werden könnten.

Neben dem KDA meldeten sich im Vorfeld der Synodaltagung auch der